

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 22

Artikel: Grossmacht wider Willen
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093033>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grossmacht wider Willen

Schon im nächsten Jahr wird sich zeigen, dass die Wiedererlangung der vollen deutschen Souveränität die Bundesregierung vor heiklere Fragen stellt als die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die frühere Bundesrepublik musste und durfte gleichzeitig wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg sein. Ab 1991 ist das weder nötig noch möglich.

Aussenpolitisch gelangt das endgültig souverän gewordene Deutschland sozusagen automatisch in die richtige Gewichtsklasse neben den früheren Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Die frühere DDR war ein Teil des sowjetisch geführten sozialistischen Lagers, und die frühere Bundesrepublik war in ihrem internationalen politischen Auftreten den Amerikanern, Briten und Franzosen nachgestellt. Bei Krisenbewältigungen überall in der Welt spielte sie den Statisten, eine kleine Rolle, aber auch eine bequeme.

Die kommenden Turbulenzen im Osten machen deutsche Passivität unmöglich

Kann Deutschland diese in freiwilliger Bescheidung weiter spielen? Kaum. Dafür ist es zu zentral in die Aufgabe hineingestellt, in Europa ein neues politisches Gleichgewicht herzustellen. Die postsozialistische Ära in Osteuropa, die Staats-

Gesellschafts- und Föderationskrise in der Sowjetunion haben die Gegebenheiten von viereinhalb Jahrzehnten aufgehoben. Und es wird ausserordentlich schwierig, den Kontinent nach westlichem Muster zusammenzuschliessen.

Der Übergang zur Marktwirtschaft und die Umweltsanierung im Osten erfordern rechtzeitige westliche und insbesondere auch deutsche Hilfe. Schon jetzt ist es aber sicher, dass Osteuropa und das jetzige Territorium der UdSSR für jede absehbare Zukunft von Nationalitätenkonflikten heimgesucht werden. So wird auch Bonn nicht umhinkönnen, immer wieder Partei für die eine oder die andere Seite zu ergreifen.

Auch im Westen wird es Deutschland nicht leicht haben. Die Deutschen wollen nicht in London und Paris den Verdacht aufkommen lassen, sie suchten Europa auf der Basis einer deutsch-sowjetischen Allianz ins Lot zu bringen; ein derartiger Eventualverdacht müsste allerdings auf der Annahme beruhen, dass die Sowjetunion als bündnisfähige Einheit überhaupt erhalten bliebe. Im Interesse des westlichen Zusammenhalts in der EG und der (neu zu definierenden) Nato wird Bonn seine gewachsene Macht nur wohldoziert einsetzen.

Immer noch auf die USA angewiesen

Eine akutere Schwierigkeit besteht darin, in den Krisenregionen der Welt, vor allem im Nahen Osten, mit den USA, mit Grossbritannien und Frankreich eine deckungsgleiche Aussenpolitik zu betreiben. Insgesamt ist der Auftritt Deutschlands als neue Weltmacht ein historisches Ereignis, dessen politische Auswirkungen noch offen sind.

Ein europäisches Gleichgewicht, das von der übrigen Welt isoliert bliebe, ist heute nicht mehr denkbar. Der Kontinent bezieht Rohstoffe und Energie grossteils von aussen und kann die Nachlieferung nicht gewährleisten. Gerade die Kuwait-Krise zeigt, wie sehr die Europäer einstweilen noch auf die USA mit ihrer militärischen Kraft angewiesen sind. Längerfristig aber braucht die europäische Sicherheit ein weltumspannendes Gleichgewicht.

Bis dahin bieten gute amerikanisch-europäische Beziehungen den westlichen Industrieländern den bestmöglichen Schutz vor wirtschaftlicher und politischer Erpressung. Das widerspricht wiederum nicht dem Interesse der übrigen Welt; noch sind die entwickelten Industrieländer, die ihrer eigenen Bevölkerung einen grösseren Wohlstand geben, allein imstande, an Fertiggütern wesentlich mehr zu produzieren als zu konsumieren. Das kompensiert ihren Mehrverbrauch an Energie.

Jedenfalls hat Deutschland vorderhand ein eigenes Interesse daran, sich die USA als Vorzugspartner zu erhalten, und die Amerikaner honorieren das auch. Fast euphorisch deutlich wurde das am 10. Oktober, als der US-Kongress den «Zwei-plus-vier-Vertrag» ratifizierte. «Amerika ist in seiner Verpflichtung zur deutschen Wiedervereinigung niemals schwankend geworden», erklärte der demokratische Senatschef Mitchell. Nach der einstimmigen Ratifizierung kommentierte der republikanische Senator durchaus stimmungsgerecht: «Das ist ein historischer Tag in diesem Haus. Deutschland, das reichste Land in Europa, wird zu einem der wichtigsten Länder der Welt. Eine neue Ära in den amerikanischen Beziehungen zu Europa beginnt.» Tatsächlich hatten die Amerikaner die Vereinigung Deutschlands ohne Vorbehalte unterstützt, während letztes Jahr noch in London, Paris und Rom die Bedenken überwogen.

Interessierte Partner in Moskau . . .

Um gute Partnerschaft mit der Bundesrepublik wirbt von der andern Seite her auch Gorbatschow. Die Wiedervereinigung, die sich ohnehin nicht verhindern liess, aktiv zu fördern verstand er auch als materiell lohnendes Unterfangen und konnte so die DDR den Westdeutschen zu einem relativ hohen Preis überlassen. Der Kreml darf, sofern er nur das territoriale Erbe der Sowjetherrschaft einigermaßen zusammenhält, für die nächsten Jahre noch auf die wirtschaftliche Hilfsbereitschaft der Deutschen zählen.

Indessen bleibt das Verhältnis der beiden Staaten auch unter dieser Voraussetzung nicht frei von Ambivalenz. Einerseits hat man in Moskau weniger Hemmungen, sich den Deutschen auszuliefern als den Amerikanern, andererseits aber kann gerade die grosse wirtschaftliche Überlegenheit des neuen Deutschland die alten politisch-militärischen Ängste wieder lebendig machen.

Dem Kreml wäre an Vorzugsbeziehungen mit Bonn gelegen, was wiederum zu «Eifersucht» in London und Paris führen könnte. In Würdigung aller Empfindsamkeiten werden die Deutschen wohl bestrebt sein, ihr Geschäft mit der Sowjetunion möglichst im EG-Rahmen abzuwickeln und allzu aufdringliche Sondervereinbarungen zu vermeiden.

In dieser Nummer

Leseproben 4
Der Vorschlag von Alexander Solschenizyn zur Bildung einer Russischen Union ist nicht nur bezüglich der Gebietsfragen interessant.

Die neuen Mumien 8
Im Chile unter Pinochet waren die Kommunisten verfolgt. Im Chile nach Pinochet verschwinden sie von alleine, weil die sozialistische Alternative auch in Lateinamerika ausgespielt hat.

Medien in Osteuropa 10
Eine deutsche Studie über Presse, Radio und Fernsehen in den postsozialistischen Ländern.

Bei alledem sprechen die Deutschen unter sich immer noch vom «Russland-Geschäft», wobei die Realitäten hinter diesem früheren umgangssprachlichen Pars pro toto immer weiter auseinanderklaffen. Man wird sich wahrscheinlich über die Sprachlichkeiten hinaus schon bald entscheiden müssen, wen man als Partner meint: die Sowjets, die Russen, die Ukrainer usw. Die Fortführung des Angebots im Multipack ist ja alles andere als garantiert.

... und verunsicherte Partner in Westeuropa

Inzwischen besteht kein Zweifel daran, dass der EG-Grossmarkt für Deutschland nach wie vor die eigentliche wirtschaftliche Basis bietet, die auch politisch homogen bleiben muss.

Allerdings: Ob die politische Union der EG-Länder tatsächlich zustande kommt, erscheint jetzt – nach der deutschen Vereinigung – fraglicher als zuvor, denn diese ruft dem Bedürfnis nach vorsorglich koordinierten Gegengewichten.

Die Atommacht Grossbritannien lehnt es nach wie vor ab, zugunsten einer supranatio-

nenal EG-Regierung auf ihre volle Souveränität zu verzichten, und findet für diese Haltung neues Verständnis in Frankreich. Dieses sieht sich angesichts der wirtschaftlichen Übergewichtigkeit der Deutschen veranlasst, seine Deutschlandpolitik zu überprüfen. Noch gibt es das Sonderverhältnis Kohl-Mitterrand, aber in der neuen Konstellation steht ihm eine Belastungsprobe bevor. Wahrscheinlich werden London und Paris einander näherkommen, um der deutschen Wirtschaftssupermacht etwas Kohärentes gegenüberzustellen, bevor Europa ins Amalgam geht.

In Grossbritannien gibt es eine regierungsnahe Politikergruppe, die sogenannte Brücke-Gruppe, welche zwar die deutsche Vereinigung als natürlichen Vorgang ausdrücklich begrüsst, aber vor den europäischen Wirtschaftskonsequenzen warnt: «Es wäre töricht, die deutsche Dominanz in den Angelegenheiten Europas zu institutionalisieren.»

Für Bonn wird es immer schwieriger, eigene Interessen innerhalb der EG mit der gleichen Unbefangenheit wie andere Mitglieder zu verteidigen, denn in seinem Fall sieht man sofort den Versuch, die Gemeinschaft zu dominieren. Das führt zu Verkrampfungen und steht dem Fahrplan einer politischen Union im Wege.

Aus Angst vor einer Destabilisierung Westeuropas infolge der osteuropäischen Umwälzungen hat Mitterrand versucht, mit seinem Plan einer «europäischen Konföderation» einem Alleingang Bonns im Osten zuvorzukommen. Nachdem im September zwischen Moskau und Bonn ein grossangelegter Kooperationsvertrag unterzeichnet worden war und nachdem Finanzminister Waigel seine Bedenken gegen den Fahrplan zur europäischen Währungsunion angemeldet hatte, kamen in Paris neue Zweifel an Deutschland auf. Französische Politiker gaben sogar an, ein klares Bekenntnis der Deutschen zur EG zu vermissen.

Das hat mit der eigenen Verunsicherung in Frankreich zu tun. Die grosse Zeitung «Le Monde» drückt dieses Gefühl so aus: «Wenn man in Frankreich heute Deutschlands künftige Rolle für die europäische Sicherheit nicht vorurteilslos diskutieren kann, ist das weniger darauf zurückzuführen, dass man Angriffskriege, Pangermanismus und Nationalismus noch immer als vererbte Übel des kaiserlichen oder nationalsozialistischen Reichs verstünde – davon ist kaum mehr etwas zu hören –, sondern vielmehr darauf, dass uns unsere eigene französische Rolle im künftigen Europa unklar ist.»

Bei den Ängsten vor einer wachsenden deutschen Macht kommt eben bei den Franzosen so gut wie bei den Briten eine ordentliche Portion Zweifel an sich selbst zum Vorschein, und der Bonner Regierung steht noch eine Menge Beruhigungsarbeit bevor. ■

LIEBE LESER

Von Solschenizyns Konzept einer künftigen Russischen Union hatten wir in der letzten Nummer schon gesprochen, und zwar in Hinsicht auf die Selbstbeschränkung des neuen Gebildes, das die slawischen Stammgebilde vereinigen würde, nämlich die heutige Russische Föderation, die Ukraine, Weissrussland und Nordkasachstan. Heute zeigen wir Ihnen (Seite 4) in einer Leseprobe, wie er die erste Transformationsphase der sowjetischen Erbschaft sieht: Wiederbelebung des Bauernstandes in erster Linie, verbunden mit einer Warnung davor, den Russen westliche Wirtschaftsmodelle wie eine unpassende Montur überziehen zu wollen.

Das Wort «Russland», umgangssprachlich so lange als irreführendes Synonym für die Sowjetunion verwendet, ist heute aus neuen und zum Teil widersprüchlichen Gründen vieldeutig geworden; man kann es seriös schon fast nicht mehr verwenden, ohne zu präzisieren, was man im gegebenen Kontext darunter versteht.

Noch akuter sind die Schwierigkeiten mit dem Begriff der Sowjetunion. Hoheitsgebiet, Staatsform, Gesellschaftstyp, alles ist anfechtbar und real fraglich geworden.

Während eine neue Föderation gesamthaft noch Diskussionsgegenstand ist, haben sich seine sämtlichen zukünftigen Bestandteile schon in der Gegenwart formiert. Erst letzte Woche hatte der Oberste Sowjet der UdSSR «klargestellt», dass bis zum Vorliegen des neuen Föderationsvertrags die Unionsgesetze noch Vorrang vor den Gesetzen der Republiken hätten. Und unmittelbar danach wurde Tatsache, dass sämtliche Gliedstaaten der Union die entgegengesetzte Massgeblichkeit beanspruchen. Mit den Souveränitätserklärungen Kasachstans und Kirgisiens in den letzten Tagen haben nun sämtliche Republiken erklärt, dass ihr jeweiliges Recht dem Unionsrecht vorgehe – falls sie in ihrer Unabhängigkeitsauffassung nicht weiter gehen.

Dem aber steht nicht nur der gesamtsowjetische Autoritätsanspruch als Noch-Zustand gegenüber, sondern auch die Selbständigkeitsansprüche von Minderheiten in den jeweiligen Republiken als ruhige bis rabiate Neuerscheinung.

Muss die neue Ordnung den Weg über die Unordnung nehmen? Es gibt Indizien auch andersherum. Soeben hat das estnische Innenministerium (zuständig für die Polizei) die Kompetenzen des sowjetischen Innenministeriums in dieser Republik übernommen, aufgrund einer Vereinbarung beider Seiten. Noch lohnt es sich, von einer geordneten Transformation so viel wie möglich anzustreben. *Christian Brügger*



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen
 Redaktion – Administration –
 Anzeigenverwaltung
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
 Telefon 031 43 12 12
 Telefax 031 43 38 91
 Postcheck Zeitbild 30-24616-5
 Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
 Deutsche Bank Frankfurt a. M.
 (BLZ 500 700 10) 78-2409
 Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
 Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
 Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 57.–
 Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 34.–
 Einzelnummer Fr. 2.80

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
 Jahresabonnement sFr. 62.–/DM 73.–
 Luftpost sFr. 67.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler
 sFr. 39.–/DM 46.–

Einzelnummer sFr. 3.10/DM 3.60

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 72.–